

Ewiger Kampf dem Einkaufstourismus

Der Ständerat will sich mit dem Thema ausführlicher befassen



Zehn Milliarden Franken ausgegeben. Der Einkauf im grenznahen Ausland lohnt sich vor allem wegen des starken Schweizer Frankens. Foto Keystone

Von Michael Surber, Bern

2016 haben Schweizer Einkaufstouristen gemäss einer Studie der Credit Suisse für rund 10 Milliarden Schweizer Franken im Ausland eingekauft. Damit stagnierte der Einkaufstourismus im vergangenen Jahr auf konstant hohem Niveau – zum Leidwesen der Detaillisten in den grenznahen Schweizer Gemeinden.

Der stark angestiegene Einkaufstourismus im Nachgang zur Frankenwertung von 2011 traf dabei vor allem auch den Raum Basel. Die für die Jahre zwischen 2011 und 2013 verfügbaren Daten zeigen deutlich, dass der vermehrte Einkauf jenseits der Grenze auch auf Kosten von hiesigen Jobs geschieht: In der genannten Periode kam es schweizweit zu einem Rückgang von 2,1 Prozent Vollzeitstellen im Detailhandel, in der Stadt Basel waren es sogar 6,6 Prozent. Mittlerweile dürften die Zahlen noch eine deutlichere Sprache sprechen.

Gegen den anhaltenden Einkaufstourismus ins grenznahe Ausland regt sich seit längerem schon Widerstand auf politischer Ebene. So behandelte der Nationalrat in der Frühjahrsession eine Motion des Thurgauer SVP-Nationalrats Markus Hausammann, die for-

derte, dass die Wertfreigrenze dem «durchschnittlichen Mindesteinkaufsbetrag für die Mehrwertsteuerrückstattung der Nachbarländer» angepasst werden müsse. Konkret hätte dies bedeutet, dass neu nicht mehr Waren bis 300 Franken pro Person mehrwertsteuerfrei in die Schweiz hätten eingeführt werden dürfen, sondern nur noch solche im Wert von 100 bis 150 Franken.

Von dieser Idee hielt der Bundesrat nichts. Er bezweifelte, dass die Herabsetzung des Freibetrags auch wirklich einen Einfluss auf das Einkaufsverhalten der Schweizer haben würde. «Der Grund des gegenwärtig boomenden Einkaufstourismus liegt nicht in der Höhe der Wertfreigrenze, sondern in der Frankenstärke und den Preisunterschieden zum Ausland», hielt die Regierung in ihrer Antwort auf die Motion fest. Der Nationalrat lehnte die Vorlage schliesslich mit 99 zu 83 Stimmen und sieben Enthaltungen ab.

Politisches Nachdoppeln

Ungeachtet dieser Ablehnung durch Bundesrat und Nationalrat war es gestern auch dem Ständerat vergönnt, darüber zu entscheiden, ob die Wertfreigrenze gesenkt werden soll. Die Motion des Glarner SVP-Ständerates Werner

Hösli sieht vor, den Freibetrag gar auf 50 Franken pro Person zu senken. Die Argumente waren die gleichen, wie sie schon von Parteikollege Hausammann im Nationalrat vorgebracht wurden: Sorge um den heimischen Detailhandel, um die Arbeitsplätze sowie entgehende Mehrwertsteuereinnahmen.

Und so erstaunt es auch nicht, dass der Bundesrat die Motion Hösli aus den gleichen Gründen ablehnt wie schon jene von Hausammann. Eine Herabsetzung der Wertfreigrenze würde gemäss dem Bundesrat weitere unerwünschte Auswirkungen haben: Die Zollbehörden wären mit erheblichem Mehraufwand konfrontiert, da mehr Grenzübertreiter verzollungspflichtige Waren mit sich führen würden. Die Grenze von 300 Franken sei ursprünglich in dieser Höhe festgesetzt worden, um den Aufwand für die Zollner klein zu halten, gibt der Bundesrat zu bedenken.

Der Ständerat entschied nun, dass er über den Vorschlag von SVP-Mann Hösli noch nicht endgültig entscheiden will. Auf Antrag des Bündner Ständerats Martin Schmid (FDP) beschloss die kleine Kammer, das Geschäft der dafür zuständigen Ständeratskommission zur Vorberatung zu überweisen. Zuspruch erhielt dieses Ansinnen bei den Vertretern der Grenzkantone, darunter der

Basler Ständerätin Anita Fetz (SP). Das Thema Einkaufstourismus bedarf einer ausgedehnten Diskussion, so der einhellige Tenor gestern im Plenum.

Vorstoss der Grossen

Die Chancen stehen gut, dass in den anstehenden Kommissionssitzungen auch die Ideen der grossen Schweizer Detailhändler einfließen werden. Die Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IGDHS), in der die Migros, Denner, Coop und Manor vertreten sind, will dem Einkaufstourismus ebenfalls etwas auf politischer Ebene entgegenzusetzen.

Wie die Zeitung *Schweiz am Wochenende* unlängst publik machte, arbeiten die grossen Detailhändler an einem Vorstoss, der einen Zusatz in Artikel 66 der Zollverordnung vorsieht. Dieser Zusatz hätte zur Folge, dass Schweizer, die sich die deutsche Mehrwertsteuer rückerstatten lassen, ihre in Deutschland gekauften Waren nicht mehr zollfrei in die Schweiz einführen dürften. Verzichten sie hingegen auf die Rückerstattung in Deutschland, gälte in der Schweiz noch immer der Freibetrag von 300 Franken pro Person.

Ob Motion Hösli oder Vorschlag der IGDHS: Das Einkommen im Ausland soll für den Konsumenten teurer werden.

Kommentar

Wir und die Wirtschaft

Von Martin Furrer

Der Mensch joggt, wandert, turnt und schwimmt. So bleibt er beweglich, so bleibt er mobil. Flexibilität und Mobilität sind nützliche Eigenschaften in einer Welt, die sich immer schneller dreht. Im Wirtschaftsleben sind Flexibilität und Mobilität sehr gefragt. Die Angestellten der UBS bekamen das kürzlich zu spüren. Hunderte von ihnen werden ihr Pult bald von Zürich nach Biel zügelnd, weil die Bank so Kosten spart. Schweizer Unternehmen verlagern Jobs nach Indien, sie können dann billiger produzieren. Firmen kaufen Rohstoffe dort auf dem Globus ein, wo sie am günstigsten zu haben sind. Die Eidgenossenschaft – ein Fitnesscenter der Ökonomie. Die Wirtschaft absolviert ihren täglichen Vita-Parcours – und wir bewegen uns mit ihr, denn wir alle sind ja Teil der Wirtschaft. Wir Konsumenten haben die Marktlogik der Unternehmer verinnerlicht. Wir optimieren unser Shopping-Verhalten Tag für Tag. Wir kaufen Lebensmittel, Bücher, Möbel, Kleider dort ein, wo sie am günstigsten zu haben sind. Mal besorgen wir unsere Erledigungen im Laden an der Ecke, mal beim Grosshändler in der Stadt. Mal fahren wir über die Grenze ins Ausland, sofern Aufwand und Ertrag für uns in vernünftigem Verhältnis stehen. Wir tun das, was die Wirtschaft ständig tut: Wir passen unser Verhalten an die ökonomische Realität an, wir richten unser Verhalten am Preis und am Angebot aus. Das ist sehr legitim. Wir sind ja freie Menschen in einer freien Volkswirtschaft. Würde das jemand bestreiten wollen? Ja, ein paar Parlamentarier, die unterm Jahr gerne der freien Marktwirtschaft das Wort reden, bestreiten das. Sie möchten den Einkaufstourismus mit bürokratischem Massnahmen unterbinden, um das heimische Gewerbe zu schonen. Ist das liberal? Nein, es ist absurd. martin.furrer@baz.ch



Appell an den verantwortungsbewussten Konsumenten

Lässt sich der Einkaufstourismus durch eine tiefere Wertfreigrenze eindämmen? Wirtschaftspolitiker der Region sind skeptisch

Von Isabelle Hausmann

Basel. Der Schweizer Dachverband der Gewerbeverbände sgv unterstützt die Idee der Motion grundsätzlich, sagt Christoph Buser, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland. In einer neuen Studie des Forschungsinstituts BAK Basel werde ein Kostennachteil der einheimischen Detailhändler von rund 50 Prozent gegenüber dem Ausland festgestellt. Es sei allerdings zu beachten, dass die Zunahme des Einkaufstourismus vorwiegend auf den starken Franken zurückzuführen sei und nicht auf die Höhe der Wertfreigrenze. Dies begründet Buser damit, dass der Wechselkursentscheid der Schweizer Nationalbank seit Januar 2015, die Wertfreigrenze von 300 Franken aber bereits seit 2002 bestehe. Daher bleibe die Frage offen, ob deren Reduktion die erwünschte Wirkung zeigen würde. Es

sei deshalb wichtig, dass die inländischen Unternehmen konstant an ihrer Wettbewerbsfähigkeit arbeiteten, und auch, dass die Schweizer Kunden darauf sensibilisiert werden, was sie mit ihrem Einkaufsverhalten bewirken.

Kein Protektionismus

Diesen Punkt vertritt auch der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Thomas Weber. Wie Buser appelliert auch er an die Bevölkerung, verantwortungsbewusst einzukaufen. Die einheimischen Betriebe könnten nur mit ausreichendem Umsatz und Gewinn Arbeitsplätze und Lehrstellen sichern. Eine Senkung der Freigrenze wäre aber «rein vom Vollzug her sehr aufwendig», wendet Weber ein, weshalb seine Direktion eher unterstütze, wenn man die Kostenstruktur für den Detailhandel in der Region verbessern würde, anstatt

«protektionistische Massnahmen einzuführen», so Weber weiter.

Christoph Brutschin, Vorsteher des basel-städtischen Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, sieht die hohen Preisdifferenzen zwischen der Schweiz und dem Ausland als Auslöser des Einkaufstourismus und nicht die Wertfreigrenze. Die Preisdifferenz wäre auch dann noch hoch, wenn die Schweizer Mehrwertsteuer schon ab einem Warenwert von 50 Franken erhoben würde. Es sei also ungewiss, ob eine tiefere Freigrenze dem schweizerischen Detailhandel helfen würde. Zudem entstünden beim Bund Mehrkosten dadurch, dass die Grenzwache bei einer Senkung der Wertfreigrenze mehr Personal benötigen würde. Der Kanton Basel-Stadt habe sich mehrmals beim Bund dafür eingesetzt, dass die Preisunterschiede geringer werden, zum Beispiel mit Vorschlägen eines «griffi-

gen Kartellrechts» und eines «liberalisierten Agrarfreihandels mit der EU».

«Als Liberale sind wir gegen eine solche Senkung. Grenzüberschreitende Einkäufe sollen nicht gesetzlich erschwert werden», meint LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein. Dem einheimischen Gewerbe müsse dennoch anders geholfen werden. Es sollten «hausgemachte Basler Erschwernisse» abgebaut werden, denn der Kanton interessiere sich nicht genug für das Gewerbe. Von Falkenstein schlägt eine Umfrage bei den Detailhändlern vor, bei der die individuellen Probleme genannt werden könnten. So wäre selektive Hilfeleistung möglich. Ausserdem sollte der finanziell besser situierte Konsument «nicht dauernd seine Einkaufsbedürfnisse im Ausland befriedigen», meint die Liberale.

Aus der Sicht des Gewerbeverbands Basel-Stadt ist für die KMU die unglei-

che Behandlung der Besteuerung störend, so Mediensprecher David Weber. Denn Konsumenten, die in der Schweiz einkaufen, müssten schliesslich auch auf einen Warenwert von unter 300 Franken Mehrwertsteuer bezahlen. Das Anliegen sollte aber mit möglichst wenig bürokratischem Aufwand umgesetzt werden.

Den gleichen Ansatz verfolgt die IG Detailhandel Schweiz: Die Steuererechtigkeit müsse hergestellt werden. Die Einkaufstouristen profitierten erheblich von der Steuerbefreiung, da auch bei Kleinstbeträgen die deutsche Mehrwertsteuer vollumfänglich rückerstattet werden könne. Die IG schlägt daher vor, dass diese Käufer wahlweise in der Schweiz oder in Deutschland die Mehrwertsteuer abliefern müssten. Aktuell entgingen dem Bund jedes Jahr 500 Millionen Franken an Mehrwertsteuer.